

19. Juli 2006, Neue Zürcher Zeitung

Brief an die Mutter des gefangenen israelischen Soldaten

Die Angehörigen von palästinensischen Gefangenen hoffen auf einen Austausch

Palästinensische und libanesische Guerillas wollen gefangene israelische Soldaten gegen Palästinenser in israelischer Gefangenschaft austauschen. Hinter dieser Forderung stehen alle Palästinenser. Seit der Besetzung durch Israel sind rund ein Fünftel aller Palästinenser mindestens einmal in israelischer Gefangenschaft gewesen.

kw. Ramallah, Anfang Juli

«Ich bin nur eines von vielen Kindern, die jeden Morgen um ein Lächeln, einen Kuss bestohlen werden, beraubt der Hand, die Schmerzen lindern könnte. Die Hand, die Stärke verleiht, um dem Leben und seinen Schwierigkeiten zu begegnen. Ich bin ein Kind, dem die tragende Säule der Familie entrissen wurde: der Vater.» Das sind die ersten Sätze des Briefes, den die 13-jährige Palästinenserin Iman Abu Shalbek an die Mutter von Gilad Shalit geschrieben hat, den palästinensische Kämpfer Ende Juni gefangen genommen hatten. Imans Vater war im September 2005 von israelischen Soldaten verhaftet worden, die nachts in das Haus der Familie in Ramallah eingedrungen waren.

Hoffnung auf Gefangenenaustausch

Iman schreibt in ihrem Brief an Gilads Mutter: «Frau Shalit, Sie haben allen Grund zu trauern, sich zu ängstigen, zu leiden und laut zu schreien: □ Gebt mir meinen Sohn zurück!□ Er ist unschuldig. Klagen Sie die Regierung und die Armee an. Das sind die Schuldigen.» Imans Brief drückt die Hoffnung der Palästinenser aus, dass die Gefangennahme Shalits zu einem Austausch von Gefangenen führen wird, der zumindest einem Teil der Tausende von palästinensischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen und Lagern die Rückkehr nach Hause erlauben wird.

Nach Angaben des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) sind zurzeit rund 12 000 Palästinenser in israelischer Haft, 678 von ihnen mit einer lebenslänglichen Haftstrafe. Unter den Gefangenen befinden sich 169 Frauen und 400 Kinder. Laut den Statistiken des palästinensisch-israelischen alternativen Informationszentrums in Jerusalem sind seit dem Beginn der israelischen Besetzung im Jahr 1967 mehr als 650 000 Palästinenser in israelischer Gefangenschaft gewesen. Das bedeutet, dass rund ein Fünftel der Bevölkerung des Westjordanlands und des Gazastreifens oder um die 40 Prozent aller Männer mindestens einmal in israelischer Gefangenschaft sassen. Nach Angaben der palästinensischen Gesellschaft zur Unterstützung von Gefangenen und der Menschenrechte (Addameer) wurden seit Beginn der zweiten Intifada im Jahr 2000 über 2500 Kinder verhaftet und verurteilt, in den meisten Fällen wegen Steinewerfens gegen israelische Truppen.

Ohne Angabe von Gründen eingesperrt

Imans Vater Mohammed befindet sich seit einem Jahr in einem Gefangenenlager in der Wüste Negev, in dem die Häftlinge in Zelten untergebracht sind. Seine Haft wird Administrativhaft genannt; sie wird ohne Verfahren durch Militärrichter gegen Personen verhängt, die als Gefahr für den Staat Israel bezeichnet werden. Sie dauert sechs Monate, kann aber beliebig verlängert werden; nach Angabe von Addameer kann sie bis sechs Jahre dauern. Zurzeit befinden sich laut dem IKRK 757 Palästinenser in Administrativhaft. Weder Imans Familie noch der Anwalt kennen den Grund für Mohammeds Verhaftung. Iman sagt, dass ihr Vater, ein Ingenieur mit eigenem Geschäft, ein Anhänger der Hamas sei, jedoch nie an bewaffneten Aktionen teilgenommen habe. Israelische Sicherheitsbeamte haben Mohammeds Anwalt mitgeteilt, dass die Akte über den Gefangenen geheim sei, und jede Information zum Grund der Verhaftung verweigert.

Einmal im Monat können Iman und ihre Mutter Mohammed besuchen. Ein Recht, ihre gefangenen Angehörigen zu besuchen, haben Frauen und Männer, die unter 15 oder über 35 Jahre alt sind. Von den 15- bis 35-jährigen Männern dürfen Väter zweimal im Jahr und Brüder einmal ein gefangenes Familienmitglied besuchen. Um halb sechs Uhr morgens werden die Besucherinnen und ihre Kinder mit Bussen des IKRK zum Gefängnis in der Wüste gefahren. Die Fahrt dauert drei Stunden, danach folgen lange Wartezeiten, bis die Familien zu den Gefangenen vorgelassen werden. «Zwischen mir und meinem Vater ist ein milchiges Plastikfenster, auf das wir die Hände legen. Wir sprechen über die Schule. Manchmal erzählt er vom schlechten Essen und der Hitze in den Zelten. Ich lege mein Ohr auf die Löcher, damit ich etwas hören kann. Es ist immer sehr laut, weil alle schreien», erzählt Iman. Der Besuch dauert eine halbe Stunde. In diesem Monat haben die Israeli den Besuch wegen der Entführung von Shalit abgesagt.

Mohammed ist nicht der einzige Gefangene in der Familie Abu Shalbek. Mohammeds Bruder Abdallah sitzt bereits seit 16 Jahren in israelischen Gefängnissen. Als er verhaftet wurde, war er 22 Jahre alt und ein Kämpfer der Hamas. Er erhielt eine lebenslängliche Strafe. An der Wand des Wohnzimmers der Abu Shalbek hängt eine grosse Fotografie von Abdallah in brauner Häftlingskleidung mit dem Aufnäher «Gefängnis», Füsse und Hände in Handschellen. Seine Schwester Khawla konnte ihn vor einem Monat zum ersten Mal nach einem Besuchsverbot von fünf Jahren sehen. Sie sagt, ihr Bruder sei sehr krank, es sei ihm bis jetzt jedoch jede Behandlung verweigert worden.

Kälte, Ratten und Mäuse

«Für alle Beschwerden hat man uns Acamol gegeben und gesagt: ☐ Trink Wasser!☐ », berichtet Hiam Swidan aus ihrer Gefangenschaft in Ramleh. Sie sass dort zweieinhalb Jahre wegen «politischen Aktivismus», wie sie sagt. Im Gefängnis sei es oft zu Streitereien und Spannungen gekommen, da die palästinensischen politischen Gefangenen zusammen mit israelischen Kriminellen inhaftiert gewesen seien. Plötzliche Durchsuchungen der Zellen, Appelle, oft mitten in der Nacht, Ratten und Mäuse, die Kälte und der Mangel an Sonnenlicht haben den Gefangenen zudem das Leben schwer gemacht.

Die härteste Zeit in ihrem Leben, sagt Hiam, seien die Wochen gewesen, in denen sie verhört wurde. «In dieser Zeit wurde ich geschlagen und beschimpft. Sie drohten, meine Mutter zu verhaften, wenn ich ihnen keine Informationen gäbe. Am Schluss musste ich meine Unterschrift unter ein Papier in hebräischer Sprache setzen, das ich nicht verstand.» Das Schlimmste für Hiam war jedoch, dass ihre Mutter starb, während sie im Gefängnis war. Noch heute fühle sie sich schuldig, dass sie nicht habe Abschied nehmen können. Hätte sie im Gefängnis nicht einen starken Glauben an Gott entwickelt, dann wäre sie wahrscheinlich gestorben, meint Hiam.

Brutale Verhörmethoden

Elf Jahre sass Majed Hobi hinter israelischem Gitter. Er war der Chef der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) in Rafah im Gazastreifen. Heute leitet der Mann mit den rauchgelben Zähnen dort das Büro für Gefangene und Ex-Gefangene. Den Familien von Gefangenen zahlt er aus der Kasse der palästinensischen Autonomiebehörde 300 bis 400 Franken pro Monat, um den ausfallenden Lohn teilweise zu kompensieren. Seit die Hamas-Regierung als Folge des internationalen Boykotts in der Finanzkrise steckt, konnte jedoch auch Majed kein Geld mehr auszahlen.

Wenn Majed von den ersten zwei Monaten erzählt, in denen er von der Aussenwelt abgeschnitten war und verhört wurde, nimmt sein Gesicht einen bitteren Ausdruck an. «Ich wurde mit einer Kapuze über dem Kopf in einen dunklen Raum gesteckt, in dem es stank. Dort verlor ich jedes Zeitgefühl. Später wurde ich mehrere Tage und Nächte an einen kleinen, schrägen Stuhl gefesselt, der immer umkippte.» Viele der Foltermethoden, die später von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International dokumentiert wurden, hat Majed am eigenen Leib erfahren.

«Wollte ich schlafen, stellten sie laute Musik ein, blendeten mich mit grellem Licht oder schlugen mich. Wenn ich auf die Toilette wollte, musste ich ein Geständnis ablegen. Die ganze Zeit hatte ich die Kapuze auf dem Kopf. Manchmal holten sie mich für einige Stunden zum Verhör. Sie fragten, was ich gegen die Israeli gemacht habe, wer meine Nachbarn und Freunde seien. Danach wurde ich wieder an den Stuhl gebunden. Am Freitag erhielt ich jeweils ein kleines Stück Kuchen. So wusste ich, dass eine Woche vergangen war.»

Fremde Freiheit

Obwohl jede Art von Folter nach internationalem Recht verboten ist, werden nach Untersuchungen der israelischen Menschenrechtsorganisation B'tselem 85 Prozent der palästinensischen Gefangenen gefoltert. Er habe sich trotz der Folter geweigert, ein Geständnis abzulegen, sagt Majed. Er wurde zweimal in den Bus gesetzt, der in die Freiheit führen sollte. Beide Male wurde er wieder zurückgeholt. «Im Gefängnis wollen sie unseren Willen brechen. Sie wollen, dass wir unsere Ziele aufgeben.» Die Absicht Israels, durch die Festnahme vieler Palästinenser diese vom Kampf gegen Israel abzuhalten, erfüllt sich nicht, wie Majed glaubt. «Die Gefangenen können sogar vom Gefängnis aus die Intifada leiten und nehmen grossen Einfluss auf die politischen Entscheidungen. Das zeigt, dass die israelische Strategie nicht funktioniert, auch wenn sie uns unserer Freiheit berauben.» Im Jahr 2000, vor dem Ausbruch der zweiten Intifada, wurde Majed entlassen. Als er heimkam, waren seine Frau und seine Tochter, die bei seiner Verhaftung einen Monat alt gewesen war, Fremde geworden. Seine Freunde hätten die Universität abgeschlossen und Häuser gebaut; er habe nichts gehabt, auch keinen Raum in dieser Gesellschaft. Er sei sich wie ein Ausländer vorgekommen. Nur der Glaube an die Sache sei ihm geblieben, einen Staat für die Palästinenser.

Iman sagt, dass seit der Verhaftung ihres Vaters ihre Schulleistungen und jene ihrer Geschwister stark abgenommen hätten. Ihre Mutter arbeite im Spital, und es sei schwierig für sie, Mutter und Vater gleichzeitig zu sein. Ihren Brief an die Mutter des gefangenen israelischen Soldaten schliesst sie mit den Worten ab: «Am Ende bleibt es Ihre Wahl und jene Ihrer Führer und der Regierung, das Leiden zu beenden. Ich bezweifle jedoch, dass die Worte über das Leiden von den israelischen Politikern und jenen, die Krieg führen, verstanden werden. Denn diese erleben nicht dieselben Qualen, die Sie und ich teilen.»

kw. Wie Dokumentationen von Amnesty International und anderen Menschenrechtsorganisationen zeigen, werden palästinensische Gefangene bei Verhören durch die israelischen Sicherheitsdienste immer wieder gefoltert. Die Misshandlungen umfassen unter anderem Schlafentzug, die Verweigerung von medizinischer Versorgung, laute Musik, Schläge, starkes Schütteln über lange Zeit, das zu Gehirnschäden führen kann, Androhung von Gewalt und sexuellem Missbrauch und Verbrennen mit Zigaretten. Eine Methode besteht auch darin, den Gefangenen mit den Händen an einem Haken in der Decke festzubinden, so dass er ausgestreckt nur mit den Zehenspitzen den Boden berührt. Die Verhörperiode, während welcher der Gefangene isoliert ist, dauert nach israelischem Militärrecht 18 Tage; die Delegierten des IKRK haben erst ab dem 14. Tag Zutritt zu ihm. 1987 gestand eine von der israelischen Regierung eingesetzte Kommission den Sicherheitsdiensten die Anwendung von «gemässigtem physischem Druck» bei Verhören zu. Dieser sollte jedoch nur unter besonderen, gerechtfertigten Umständen zur Anwendung kommen, wenn zum Beispiel angenommen wird, dass ein Gefangener Informationen über einen unmittelbar bevorstehenden Terroranschlag hat. Laut der israelischen Menschenrechtsorganisation B'tselem wurden Misshandlungen jedoch zur Routine und werden bei 85 Prozent aller festgenommenen Palästinenser angewendet. 1999 verbot der Oberste Gerichtshof Israels eine Anzahl von Foltermethoden. Das Urteil enthält jedoch Schlupflöcher, die es dem Parlament weiterhin erlauben, unter «besonderen Umständen» «besondere Methoden» und «moderate physische Druckmittel» gesetzlich zuzulassen. Israel hat die Genfer Konventionen sowie die Konventionen gegen die Folter und jene über zivile und politische Rechte der Vereinten Nationen unterzeichnet. Die Anwendung von darin verbotenen Praktiken rechtfertigt es in der Regel mit seinem Recht auf Selbstverteidigung. Im November 2001 hat das Anti-Folter-Komitee der Uno festgestellt, dass das Urteil des Obersten Gerichts Folter nicht endgültig verbiete.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter: <http://www.nzz.ch/2006/07/19/al/articleEAG8J.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG